



# HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2012

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**

**betreffend landeseigene Nassauische Heimstätte/Projektstadt für  
soziale Wohnraumversorgung sowie vorsorgende Stadt- und  
Regionalentwicklung sichern - Nein zum Verkauf bekräftigen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die landeseigene Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumversorgung sowie die Nassauische Heimstätte/Projektstadt zur Stadt- und Regionalentwicklungspolitik geleistet hat.
2. Der Hessische Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass die Nassauische Heimstätte auch zukünftig dazu beitragen muss, eine sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung für breite Schichten der hessischen Bevölkerung sicherzustellen.
3. Insbesondere vor dem Hintergrund einer auch in Hessen älter werdenden Gesellschaft ist es die Aufgabe einer der Daseinsvorsorge verpflichteten Gesellschaft, die Nassauische Heimstätte als wichtiges Instrument zur Anpassung an diese demografischen Veränderungen nicht aus der Hand zu geben. Die Projektstadt ist dabei für die Stadt-, Regional- und Landesentwicklung von herausragender Bedeutung und muss daher erhalten und weiter fortentwickelt werden.
4. Der Hessische Landtag lehnt deshalb den Verkauf der Nassauischen Heimstätte und der Projektstadt grundsätzlich ab. Dies gilt auch für einen möglichen Verkauf der Nassauischen Heimstätte und der Projektstadt an den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen.

### **Begründung:**

Die Nassauische Heimstätte bewirtschaftet in Hessen 62.500 Wohneinheiten an 151 Standorten. Sie ist damit das größte Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Hessen. Die überwiegende Anzahl der Mieterinnen und Mieter der Nassauischen Heimstätte gehört zu den unteren und mittleren Einkommenschichten. Das Durchschnittseinkommen der Mieterinnen und Mieter liegt derzeit bei ca. 1.450 € im Monat, über 40 v.H. der Mieterinnen und Mieter sind aktuell über 60 Jahre alt.

Mit der klaren Absage des Hessischen Landtags an jegliche Verkaufsabsichten seitens des Landes Hessen soll den Mieterinnen und Mietern die Verunsicherung, die in den letzten Monaten durch die öffentliche Diskussion entstanden ist, genommen werden.

Eine der sozialen Verantwortung des Landes verpflichtete Wohnungspolitik muss ein Interesse daran haben, die Nassauische Heimstätte als wichtiges Instrument der Gestaltung einer gerechten Wohnraumpolitik nicht aus der Hand zu geben. Auch für Mieterinnen und Mieter aus unteren und mittleren Einkommensgruppen muss weiterhin ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehen. Dies gebietet das Sozialstaatsprinzip unseres Landes, dem sich ein verantwortungsbewusster Landtag verpflichtet fühlen muss.

Die Nassauische Heimstädte und die Projektstadt müssen für Hessen zu einem zentralen Element der Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden. Das Land Hessen hat den Verfassungsauftrag, für vergleichbare Lebensverhältnisse im Land zu sorgen. Die Nassauische Heimstätte mit ihren Wohnungsbeständen in Nord-, Süd- und Mittelhessen leistet dazu einen wesentlichen Beitrag, dem auch durch eine interne Neuorganisation der Gesellschaft Rechnung getragen werden muss.

Der Projektstadt als einem der zentralen Projektentwickler in den Bereichen Stadtentwicklung, Dorferneuerung und soziale Stadt kommt für die konzeptionelle Arbeit, aber auch für die Entwicklung neuer Ideen dabei eine tragende Rolle zu. Diese muss erhalten bleiben. Die Nassauische Heimstädte muss ihren Beitrag leisten können, die Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Wohnraumkonzepte zu unterstützen. Dabei muss die Weiterentwicklung der eigenen Wohnungsbestände der NH in diese Konzepte mit einbezogen werden.

Wiesbaden, 22. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**